

Danziger



Zeitung

Bernspruch-Anschluß Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Bernspruch-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22985.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fideles“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inserate kosten für die siebengefaltete gewöhnliche Schriftgröße über deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Die persischen Unruhen.

Von den Grenzen Persiens und besonders vom persischen Golf sind in letzter Zeit wiederholt Meldungen über Aufstände und Unruhen eingetroffen, deren Bedeutung zweifellos weit über die rein lokale hinausgeht, die ihnen anfänglich zugemessen wurde. Die politische Bedeutung dieser Vorgänge liegt vor allem darin, daß die Engländer alsbald in sie eingegriffen haben, sei es, daß sie durch jene Vorgänge die Reise ihrer Politik gestört glauben, sei es, daß sie in ihnen einen willkommenen Vorwand sehen, ihre Einflusssphäre in Persien zu erweitern. Jedenfalls hat England die in dem türkisch-arabischen Grenzgebiet am persischen Meerbusen ausgebrochenen Unruhen alsbald benutzt, um sich dort festzusetzen. Die Befestigung der Bucht von Rator und Ruweis, dem als Mittelpunkt der geplanten ägyptisch-indisch-arabischen Eisenbahnlinie eine bedeutende Rolle zufallen wird, wäre für England von außerordentlicher Bedeutung, da es sich auf diese Weise die Beherrschung der Mündung des Schat-el-Arab, des vereinigten Euphrat und Tigris, sichern würde. Aber England ist dabei größeren Schwierigkeiten begegnet, als es anfangs geglaubt haben mag. Es ist schwerlich ein bloßer Zufall, daß zu gleicher Zeit, wo England sich ansetzt, sich am Schat-el-Arab festzusetzen, die Bergstämme im Dekkanbezirk sich zu einem Aufstand erhoben haben. Dieser Aufstand ist von bedenklicher Tragweite, da der Dekkanbezirk sich sowohl auf persisches Gebiet als auch auf Beludschistan erstreckt, das der britischen Oberhoheit untersteht, die allerdings in die Praxis noch nicht recht hat überführt werden können. Wenn den Nachrichten aus russischer Quelle unbedingt zu trauen wäre, dann müßte man annehmen, daß unter den Küstenstämmen des persischen und arabischen Golfes der Plan eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Herrschaft Englands besteht.

Den Vorgängen an der persischen Grenze kommt eine um so größere Bedeutung zu, als auch die Verhältnisse in Persien höchst ungünstig und beunruhigend sind. Der Nachfolger des ermordeten Nassr-Eddin, der Schah Mussaffir-Eddin, scheint in seiner Regententhätigkeit noch weit unglücklicher und weniger erfolgreich als sein Vorgänger zu sein. Die Verschwendungssucht und ausdauernde Günstlingsherrschaft zerrütten das Land, das vollkommen verarmt ist. Für seine wirtschaftliche Hebung ist nichts gethan, und die Bevölkerung leidet unter einer ungeheuren und hoffnungslosen Theuerung. Diese unhaltbaren Zustände haben allenthalben zu revolutionären Bewegungen geführt, die sich offen gegen den Schah und die Centralregierung richten und die Losreißung der einzelnen Provinzen zum Ziele haben, wie die Vorgänge in Schiras gezeigt haben. Vielleicht, ja wahrscheinlich würden diese Bewegungen nicht so offen hervorgetreten sein, wenn die Perser nicht auf Hilfe von außerhalb gegen die Centralregierung rechneten.

Die Mächte, die hier mit ihren Interessen in Betracht kommen, sind Rußland und England. Im Süden vom Persischen Meerbusen, einem Theile des Indischen Ozeans, im Norden von russischem Gebiete begrenzt, ist Persien im vollen Sinne des Wortes der „Pufferstaat“ zwischen den Interessen Rußlands und Großbritannien im Orient. Die Bemühungen der beiden Nebenhüter, persische Gebietsstrecken sich anzueignen, sind auch schon wiederholt zu recht greifbarem Ausdruck gekommen, aber die russische Diplomatie,

die still, geräuschlos und sicher zu arbeiten versteht, ist vom Erfolg mehr begünstigt worden als England. Allem Anschein nach deuten die Ereignisse in Persien und an der persischen Grenze darauf hin, daß der englisch-russische Wettbewerb in ein neues Stadium getreten ist, das in seiner weiteren Entwicklung leicht zur Aufrollung der latenten persischen Frage führen kann. Sollten aber die persischen Unruhen für diese Entwicklung auch noch nicht reif sein, so sind sie doch bezeichnend für den überall in der Welt hervortretenden englisch-russischen Gegensatz.

Der deutsche Schiffsbau.

Wie die gesammte deutsche Industrie mit wenigen Ausnahmen mit dem verfloßenen Jahre zufrieden sein konnte, so hat, wie die „Adriatische Zeitung“ ausführt, auch der deutsche Schiffsbau allen Anlaß, mit Genugthuung auf das Jahr 1897 zurückzublicken. Es ist in letzter Zeit vielfach die Rede davon gewesen, daß unser Schiffsbau jedem anderen ruhig an die Seite gestellt werden kann und daß die aus seinen Werften hervorgegangenen Schiffe die stolzeften Bauten sind, die heute auf den Meeren schwimmen. Es ist das auch von so unzweifelhaften Sachverständigen anerkannt worden, wie die Engländer sind, aber es kamen dabei mehr die besonderen Leistungen einzelner Schiffsbau-Gesellschaften und weniger die Gesamtleistung des ganzen deutschen Schiffbaues in Frage. Einen belchenden Ueberblick über die Entwicklung des Schiffbaues erhält man, wenn man die Zahl und den Tonnengehalt der im Laufe des vergangenen Jahres vom Stapel gelaufenen Schiffe zusammenstellt. Im verfloßenen Jahre sind in 28 Anstalten 79 Seeschiffe vom Stapel gelassen worden, wobei wir nur die wirklichen Seeschiffe in Betracht ziehen, und auch von diesen nur diejenigen, die mindestens 100 Registertonnen haben, darnach ergibt sich eine Gesamtproduktion von rund 185 000 Tonnen, von denen weitaus die Mehrzahl auf Passagier- und Frachtdampfer, rund 50 000 Tonnen auf Kriegsschiffe und 2600 Tonnen auf Segelschiffe kommen.

Aus diesen Zahlen ergibt sich ohne weiteres, daß der Bau von Segelschiffen bei uns so gut wie eingestellt ist, da er für die Gesamt-Produktion der Werften nicht sehr viel mehr als 1 Proc. ausmacht. Den 2600 Tonnen im Inlande gebauter Segler stehen nur 500 Tonnen im Auslande für deutsche Rechnung gegenüber, eine Lage, die übrigens allen Nationen, vielleicht mit Ausnahme der Norweger, gemeinsam ist.

Betrachten wir nun den Bau junäht unserer Handelsdampfer, so sehen wir, daß unsere Industrie sich nicht etwa auf einige Specialitäten gelegt hat, sondern alle Arten von Dampferbauten auszuführen vermag. Wir haben zunächst die großen Schnelldampfer mit ihren gewaltigen Maschinen, schwimmende Paläste und schwimmende Werkstätten und sodann die alljährlich an Umfang zunehmenden gleichmäßig zu Fracht- und Personbeförderung bestimmten Riesen-Dampfer, wie sie in letzter Zeit von unseren zwei größten Schiffahrtsgesellschaften in Bremen und Hamburg eingeführt worden sind. Neben ihnen hat sich aber ein ganz bedeutender Bedarf an theilweise sehr großen Fracht- und Personendampfern herausgestellt, die in jeder Beziehung als Seeschiffe allen Anforderungen entsprechen, die aber mehr den Charakter einfacher Gebrauchsschiffe tragen und die dementsprechend auch wesentlich billiger hergestellt werden können. Endlich finden wir,

daß unsere Werften sich auch mit einer Anzahl von Specialbauten beschäftigen, wie Eisbrechern, darunter viele für russische Rechnung, Petroleumlanddampfern und endlich Fischdampfern. Nur ganz allmählich gelang es durch den Schutz der Regierung und die unermüdete Thätigkeit patriotischer Gesellschaften, die Hochseefischerei hochzubringen, und als das einermachen erreicht war, zeigten sich auch sogleich die Folgen des neu gewonnenen Vertrauens: nicht nur wurden eine Menge Hochseehuter ausgerüstet, sondern der Dampf trat in den Dienst der Fischerei und heute fahren unter deutscher Flagge mehr als 100 Fischdampfer, die wohl ausnahmslos in Deutschland gebaut worden sind und vielen Tausenden von Arbeitern Arbeit gegeben haben, direct durch den eigentlichen Schiffsbau, indirect durch die Feuer- und Maschinenbau-Industrie, die Kohlen- und Lebensmittel jeder Art. Die Dampfer sind ihrem Zwecke entsprechend klein, aber sie geben einer ganzen Reihe kleiner und mittlerer Werften gute Beschäftigung, und mehr als eine solche Werft hat sich am Bau von Fischdampfern zu höheren Aufgaben herausgearbeitet.

Bei dem Bau von Kriegsschiffen ist es uns bereits zum Theil gelungen, Bestellungen vom Auslande zu erhalten, und es hat ganz den Anschein, daß unsere Werften auch in Zukunft bei auswärtigen Staaten gute Kunden finden werden. Von den 50 000 Tonnen an Kriegsschiffen, die in den letzten Jahren vom Stapel liefen, kamen nur etwa 23 000 auf die Privatindustrie, dagegen 27 000 auf die Staatswerften. Das Verhältniß der zwischen Staats- und Privatwerften vertheilten Arbeiten 37:23 verschlechtert sich noch zu Ungunsten der Privatwerften, wenn man bedenkt, daß ihnen nicht alle die Aufträge vom deutschen Reiche zugegangen sind, sondern daß sich darunter noch 5600 Tonnen für aliesische Rechnung befinden. Nicht eingerechnet sind hierbei Torpedoboote, die in allerdings beschränkter Anzahl für fremde Rechnung gebaut wurden, die aber ihrer ganzen Art nach trotz geringen Tonnengehalts eigentlich als in jeder Beziehung kostbarere und bedeutsamere Bauten angesehen werden müssen als einfache Dampfer über 100 Tonnen. Mit den 79 Schiffen zu 185 000 Tonnen, die auf deutschen Werften gebaut wurden, ist noch nicht der gesamte deutsche Bedarf gedeckt worden. Im Auslande wurden noch 13 Schiffe zu 32 000 Tonnen in Auftrag gegeben, zum Theil deshalb, weil die deutschen Werften nicht in der Lage waren, die Aufträge so schnell ausführen zu können, wie es verlangt wurde. Wenn man bedenkt, wie wir vor 25 Jahren standen, wo wir ganz und gar bei allen einermachen größeren Schiffsbauten vom Auslande abhängig waren, und wenn man damit vergleicht, wie wir jetzt stehen, so muß man den durchschrittene Weg als einen ganz gewaltigen anerkennen.

Deutschland.

* Berlin, 18. Jan. Bei der Audienz, welche das Präsidium der beiden Häuser des Reichstages am Sonntag beim Kaiser hatte und die nur wenige Minuten dauerte, begrüßte der Kaiser die Herren in freundlichster Weise und beglückwünschte besonders Herrn v. Arndt als neugewählten Präsidenten. Im übrigen wurden politische Fragen nicht berührt und die Herren alsbald huldvoll mit Handdruck verabschiedet.

* [Frau Prinzessin Heinrich], die sich nun doch, dem Wunsche der Kieler Gesellschaft zufolge,

mir gestern von Berlin mitgebracht hat. Kommen Sie, oben im alten deutschen Zimmer habe ich sie ausgebreitet! Und sie schleppte ihn vor den Gegenstand ihres Entschlusses.

„Sehen Sie nur, diese Wasserroten und Schilfblätter, so natürlich hier mit Oelfarben gemalt und da mit Seide und Wolle gefäht, so was Apartes, nicht? Nun, Sie sagen ja gar nichts? Finden Sie es nicht süß? Wenn es Ihnen nicht gefällt, dann mag ich es auch nicht mehr leiden.“

„Oh, im Gegentheil, wunderschön finde ich die Arbeit!“

Wie hypnotisirt starrte er auf die bestickte Leinwand. Wo hatte er nur ganz ähnliche Arbeiten schon gesehen? War es nicht — hatte nicht in einem seiner traurigsten Lebensmomente — damals in Indischs Zimmer sein Blick auf so einem Gebilde geruht? Aus Berlin kam die Arbeit?

„Wissen Sie, wer das gemacht hat?“, fragte er die Kleine.

„Nein, eine Dame, haben Sie in dem Geschäft gesagt, wie mir Papa erzählte. Wissen Sie, was ich mir hübsch denke? In meinem kleinen Salon in der neuen Villa werden doch die Wände so in Felder abgetheilt, mit Stuckumrahmung, nicht? Wenn nun in jedes dieser Felder so eine Stickerei käme? Man müßte freilich noch fünf dazu bestellen. Was meinen Sie?“

„Dortreiliche Idee!“ Und als der Hausherr zum Diner heimkam, wurde ausgemacht, daß Fischens kleiner Salon den herrlichen Schmuck erhalten sollte. Baumeister Olfers erbot sich sogar, die übrigen Aushänge selbst in Berlin zu bestellen.

„Ich habe doch in den nächsten Tagen dort zu ihm, und es ist gut, wenn ich vorher mit der Künstlerin sprechen kann über die Wahl der Farben und Art der Zeichnung.“

„Ach, das ist ja nett von Ihnen!“ jubelte

nicht nach Darmstadt begeben hat, sondern in Kiel geblieben ist, steht dort vielfach die anderen Damen der Marine bei sich, auch empfängt sie viele Beuche der Prinzessinnen des Hauses Holstein-Blüchburg. So suchte sie erst kürzlich die fürstliche Achtsin aus Flensburg auf, und nun weilte die Schwester der Kaiserin, Herzogin Caroline Mathilde von Holstein-Blüchburg, die letzten Tage der Woche bei ihr, um von der Erbgröfherzogin von Oldenburg abgelöst zu werden, die eine große Zuneigung an Prinzessin Irene kettelt, bei der auch damals in Himmelmarch die offizielle Verlobung mit dem Erbgröfherzog von Oldenburg erfolgte; wie ja auch die Herzogin Sofie Charlotte von Oldenburg, die Enkelin der Prinzessin Friedrich Carl von Preußen oft Wochen lang bei der Frau Prinzessin Heinrich verweilt.

* [Eine Episode aus der Bestimmung Riachaus] theilt der „Ostf. Lloyd“ nach einer englischen Morgenzeitung in Shanghai mit. Das Blatt schreibt: „Wir erfahren, daß, als die Nachricht über die Bestimmung Riachaus durch Deutschland in Peking bekannt wurde, die Handlungsweise des russischen Geschäftsträgers ebenso charakteristisch wie dramatisch war. Er machte sich auf den Weg nach dem auswärtigen Amte. „Hier haben wir eine schöne Schachlage“, sagte er zu den bestürzten Ministern; „Ihr habt uns die Riachau-Bai und jetzt habt Ihr dieselbe Deutschland gegeben!“ — „Begeben? Nein, man hat sie uns gestohlen, und wir ersuchen Sie, uns zu ihrer Rückgabe zu verhelfen.“ — „Was? Nach solch einer verrätherischen Handlungsweise wie diese, Ihnen zu helfen? Es war reiner Verrath uns gegenüber; Sie haben nicht einmal einen einzigen Schutz gegen die Deutschen gefeuert. Hätten Sie das gethan, so könnte ich es glauben, daß Sie die Bucht nicht verließen; falls die Deutschen Sie auf der See angegriffen hätten, so würde ich es wohl verstehen, daß Sie sich ergeben, denn ich weiß, Sie haben heute keine Flotte, aber zuzugeben, daß Sie sich auf dem Lande angreifen lassen und nicht einen Schuß zu Ihrer Vertheidigung abfeuern, — dies ist nichts anderes als Verrath; Rußland kann Ihnen keine Hilfe leisten.“ Rußland ist somit in der Lage, Deutschland einen Gefallen zu erweisen, zur selben Zeit zieht es sich aber selbstbefriedigt aus der Falle, denn es verspricht ja, China zu helfen, sollte dieses in Schwierigkeiten gerathen. Es ist klar, daß Rußland, im Besitze Koreas, und voraussichtlich auch Port Arthur, die Riachau-Bucht jetzt nicht weiter gebraucht.“

* [Gegen die Einführung einer Saccharinsteuer] und eines Saccharinpolles, wie sie im Reichstage von agrarischer Seite beantragt wird, ist der „Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ von den beteiligten Fabriken Material zugegangen. Die Saccharinfabriken machen gegen das geplante Vorgehen Folgendes geltend:

„Eine Inlandssteuer von 80 Mk. per Kilogramm bedeute eine Unterdrückung des Verbrauchs, vermindere aber auch jeden Steuerertrag. Es sei aber von der deutschen Saccharinerzeugung um so weniger eine nennenswerthe Ausbreitung auf Kosten des Zuckers zu befürchten, als die Hauptmenge des in Deutschland erzeugten Saccharins ausgeführt werde, und zwar nach Ländern, die solche Fruchtlimonaden, Champagner und Liqueure in größter Menge erzeugen und zu deren Verführung nur das nicht gährungsfähige Saccharin verwenden. Die geringe im Inlande verbleibende Saccharinmenge diene zur Schmackhaftmachung leichter Biere und erzeuge hierbei nicht den Zucker, sondern das Glycerin. Außerdem werde Saccharin in armen

Fischen. Arme Kleine, sie hatte keinen Grund zum Jubeln! Die silberigen Wasserroten und breiten grünen Schilfblätter hatten wie Zauberformeln gewirkt und eine liebe rührende Gestalt in des jungen Mannes Seele heraufbeschworen. Heiße Sehnsucht ergriff ihn nach dieser einzig geliebten Gestalt — und bereits am nächsten Morgen reiste er nach Berlin. Unterwegs kamen ihm wohl Zweifel, ob auch Indisch die Künstlerin sein mochte, er schalt sich selbst einen thörichten Phantasten, konnten nicht hundert andere Damen derartige Arbeiten anfertigen? Wie hatte er sich nur im ersten Moment so bestimmt einbilden können, Indischs Eigenart herauszuerkennen; Unfinn! Sehr abgeköhlt und ernüchtert trat er in das betreffende Decorationsgeschäft. Der Prinzipal war nicht zu Hause, und der Angestellte wußte nicht recht, ob er dem Herrn den Namen der jungen Künstlerin angeben dürfe. „Sie arbeitet nur für uns allein!“ — „Nun gut, so befehle ich hiermit die fünf Wandbekleidungen bei Ihnen. Aber ich muß mit der Dame die Einzelheiten besprechen.“

„Fräulein Rörting heißt sie“, gestand der junge Mann. Und nach zwanzig Minuten stand Frh Olfers hochklopfenden Herzens vier Treppen hoch vor der Eingangstür des Pensionats für In- und Ausländerinnen.

Die Frau Steuerräthin öffnete ihm selbst.

„Fräulein Rörting?“ antwortete sie auf seine Frage. „Die ist vor vier Tagen abgereist, nach Althow in Mecklenburg, durch eine Depesche abgerufen. Ob sie wiederkommt, weiß ich nicht.“

Das war eine Enttäuschung. Frh Olfers hatte den Moment des Wiedersehens schon so lebhaft vorgeschaut in der Phantasie, daß ihn die Kunde wie ein Faustschlag traf.

Mit dem Nachmittagszuge reiste er in seine mecklenburgische Heimat.

(Fortf. folgt.)

Feuilleton.

Sanitätsraths Türkin. (Nachdr. verboten.)

38) Eine Kleinadt-Geschichte von Klaus Rittland.

Als die Frost aufhörte, wurde mit dem Bau von Fischens Villa begonnen. Und während des Sommers schritt er tüchtig vorwärts. Fast jede Woche einmal fuhr Baumeister Olfers in Begleitung der Familie Meyer nach Blankensee hinaus, gemeinsam die Fortschritte in Augenschein zu nehmen. Und nachher mußte er immer „zum Essen mit nach Hause kommen“, und den Abend bei der Familie verbringen. Anfangs langweilten ihn diese Abende, aber allmählich wurden sie ihm eine ganz liebe Gewohnheit. Meyers waren gutartige, heitere Menschen, banal, aber liebenswürdig. Und wie sie ihn verjoagten! Seit Fischens dahinter gekommen, daß frische Hummern sein Leibgericht waren, wurde er förmlich verfolgt mit frischen Hummern. Und diese Ehrfurcht vor seinem Geschmack! Ueber alles wollten sie seinen Rath hören, besonders auch über die innere Einrichtung der ZukunftsVilla. Bei diesen Rücksicht amüßte es ihn immer, wie viele Rücksicht man auf die Meinung der „Bekannten“ nahm; wohl dazu sagen würden? und Consul Heines? „Kleinadtler!“ dachte er bei sich. — „Hamburger Kleinadtler“. Die Arämhinkel hat nicht an den Städten von 6000 Einwohnern; überall spricht sie hervor, lustig und ordinär, wo Menschen leben, die im Respect vor sich und Aunz ihr höchstes Genügen finden. Ueberall und noch etwas — ganz anderer Art — fiel ihm auf, seit er ein so regelmäßiger Gast in dem Meyer'schen Hause war: das selbst am erregten Befen

Industriegegenstände zur Verfügung des Surrogatkaffees
solcher Beschäftigungsbefugnis, für die der Zucker-
conium an sich unerschwinglich sei."

* [Nothpfeifen für Frauen]. Die durch den
Fall Köppen hervorgerufene Agitation unter den
Frauen Berlins beschäftigt auch die ausländische
Presse. Die deutsch-amerikanischen Blätter er-
innern hierbei an die Zustände, die sich in
Chicago in dem Winterhalbjahr, das der dortigen
Weltausstellung folgte, herausgebildet hatten.
Das damalige massenhafte Zusammenströmen von
Fremden hatte in Chicago eine selbst für
amerikanische Verhältnisse sehr gemischte Ge-
sellschaft hinterlassen, die im öffentlichen Verkehr
besonders von den Frauen peinlich empfunden
wurde. Als daher gegen Ende des Jahres 1892
in Chicago die Befähigung der Frauen und
Mädchen auf den Straßen in aufdringlicher
Form Platz griff, schritten die Angegriffenen zu
einer nachdrücklichen Selbsthilfe. Auf Betreiben
der Leiterinnen verschiedener Frauenvereine
wurde eine große Schutzeinigung, der Frauen
aller Stände beitraten, begründet, die in sehr
eindringlichen Aufrufen eine Abstellung des un-
gehörigen Verhaltens verlangte. Dieser Schritt
hatte indessen keinen besonderen Erfolg, und so
rüsteten sich die Frauen zu thätigen Abwehr.
Die Schutzeinigung bestellte bei mehreren
Fabrikanten Nothpfeifen (!), die binnen wenigen
Tagen von den Frauen Chicagos zu vielen
Tausenden gekauft und an yerlichen Ketten ge-
tragen wurden. Der geschäftsführende Ausschuss
der Vereinigung hatte inmythischen den Gemein-
derath, die Polizei und alle größeren Männer-
vereine davon in Kenntniss gesetzt, daß jede an-
ständige Frau und jedes anständige Mädchen der
Stadt, sobald es künftig auf offener Straße be-
lästigt werde, von der Nothpfeife so lange Ge-
brauch machen werde, bis ihm männliche Privat-
personen oder Polizeibeamte zu Hilfe kommen
würden. Diese Ankündigung wurde zwar an-
fangs mit einigem Spott aufgenommen; als man
jedoch sah, daß es den Frauen mit diesem Vor-
gehen völlig Ernst war und die Anwendung der
Nothpfeife täglich zu Verhaftungen und Straf-
verhandlungen vor den Polizeigerichten führte,
erkannte man die Zweckmäßigkeit des Vorgehens
vollständig an, und der Wandel in den öffentlichen
Sicherheitsverhältnissen war sehr bald in wohl-
thätigster Weise zu empfinden. — Die deutschen
Blätter Nordamerikas empfehlen daher den
Berliner Frauen die Nachahmung dieses ihnen von
den Frauenvereinen Chicagos gegebenen Beispiels.

* [Sicherung der Bauforderungen]. Das
bayerische Ministerium des Innern hat, wie die
Münchener „Allg. Ztg.“ mittheilt, die Magistrate
von München, Nürnberg, Würzburg und Augs-
burg, sowie die Handels- und Gewerbekammern
aufgefordert, über die Entwürfe eines Reichs-
gesetzes und landesrechtlicher Ausführungsbe-
stimmungen betr. die Sicherung der Bauforde-
rungen Gutachten abzugeben.

Salmedel, 16. Jan. Der Reichstagsabgeordnete
für Salmedel-Gardelegen, Landesökonomierath
Dr. Schulz-Lupph, erklärt öffentlich, aus Gesund-
heitsrücksichten in die Bewegung einer Reichstags-
wahl nicht wieder eintreten zu können und des-
halb auf die Uebnahme einer Candidatur zum
Reichstage verzichten zu müssen.

* Aus Mecklenburg, 14. Jan. [schreibt man der
„Wes. Ztg.“: Zeitiger und lebhafter als in früheren
Wahlperioden machen sich Vorbereitungen aller
Parteien für die nächsten Reichstagswahlen in
Mecklenburg bemerklich. Auf allen Seiten erkennt
oder fühlt man, daß gerade diesen Wahlen eine
ganz hervorragende und wahrnehmlich für lange
Zeit entscheidende Bedeutung zukommt, und in
unserem Lande, wo es eine andere politische Be-
thätigung überhaupt nicht giebt, fordern die
Reichstagswahlen alle heraus, die über ihre
eigenen Interessen hinaus sich für öffent-
liche oder Staatsangelegenheiten zu erwärmen,
oder deren Einfluß auf ihre Sonderinteressen
wahrzunehmen vermögen. Aus den Orts-
versammlungen des Bundes der Landwirthe und
der conservativen Wahlvereine erhellt die Lage,
daß die Mitgliederzahl des Bundes abnehme
und die Beiträge spärlicher fließen. Großes Ver-
dienst um die Klärung der Ansichten erwirbt sich
der Schutzverband der Landleute, der ohne viel
Lärm stetig sich weiter ausbreitet, durch Wort
und Schrift den Kleinbesitzern und Pächtern, den
Bauern und „Hinterlassen“ an ihren eigenen Ver-
hältnissen zeigt, wie man sie lediglich um des
eigenen Vorteils willen unter Druck und Hörig-
keit zu halten sucht

Die geistige Ueberbürdung der Schul- jugend.

Im Verein für Gesundheitspflege wurde in
der vorletzten Sitzung ein vom Herrn Kreis-
physicus Dr. Gharicht verfaßter Vortrag ver-
lesen, in welchem die Frage der geistigen Ueber-
bürdung unserer Schuljugend zum Gegenstand
einer eingehenden Erörterung gemacht wurde.
Der Verfasser erinnerte zunächst an die lebhafteste
Agitation in den achtziger Jahren, welche in Wort
und Schrift gegen die geistige Ueberbürdung
besonders der höheren Lehranstalten eiferte, welche
aber das thätigste Bestehen einer Ueberbürdung
ebenso wenig zu erweisen im Stande war, als
die wissenschaftliche Deputation für das Medizinal-
wesen, welche auf Veranlassung des Kultus-
ministeriums unter dem 19. Dezember 1883 ein
Gutachten zu der Frage erstattete.

Es sei außerordentlich jähmiger, so etwa führte
der Verfasser aus, den Grad geistiger Ueber-
anstrengung und Ermüdung in zahllosen
Werthen zu bestimmen, und noch jähmiger, die-
selbe auf eine bestimmte Ursache zurückzuführen;
das Haus könne jedenfalls an der geistigen In-
suffizienz eines Schülers den gleichen Antheil
haben wie die Schule. Unter den neueren
Methoden zur Bestimmung des Grades geistiger
Ermüdung bespricht der Verfasser eingehend die
Aktheiometrie, welche größte Beachtung verdiente.
Diese Methode beruhe auf der Thatfache, daß sich
mit zunehmender geistiger Ermüdung und Ab-
spannung die Sensibilität der Haut vermindere,
welche sich darin offenbare, daß z. B. zwei Reiz-
empfindungen, welche im Zustande geistiger Ruhe
als deutlich gesonderte, d. h. zweifache empfunden
würden, nach geistiger Anstrengung zu einer
Reizwahrnehmung verschmelzen. Die Unter-
suchungen würden mittels Circelpipetten vorge-
nommen und neuerdings durch ein außerordent-
lich vervollkommnetes Instrument, das Aesthesio-
meter, an welchem die Spitzen auf einem mit
Nonius versehenen Metallbalken verschieblich
seien und an welchem der Druck, mit welchem
die Spitzen auf die Haut ausgeübt würden,

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Vor einiger Zeit suchte ein
französischer Offizier Namens Drenfus die Be-
willigung nach, seinen Namen ändern zu dürfen,
und — ein merkwürdiges Zusammentreffen —
vor einigen Tagen erhielt dieser Offizier die von
ihm erbetene Erlaubnis, sich von nun ab —
Picquart zu nennen.

England.

London, 17. Jan. Hier starb der älteste
Parlamentarier der Welt, das Unterhaus-
mitglied Charles Pelham-Williams. Er war
96 Jahre alt und gehörte 63 Jahre lang dem
Parlament an. Er war einer der Führer der
Antikornoll-Gesetzgebung und blieb von Anfang
bis zu Ende unionistischer Vertreter von Wolver-
hampton.

Bulgarien.

* [Ein neuer Scandal in Sicht!] Ein nettes
„Münchener Rind!“ ist der 26jährige frühere
Geheimsekretär des Fürsten Ferdinand von Bul-
garien, Eugen Pfannenstiel. Derselbe ist, wie dem
„Lok.-Anz.“ aus Sofia geschrieben wird, vom
Fürsten wegen Untreue plötzlich entlassen. Der
Mann rächte sich, indem er bei seinem Weggange
eine Menge compromittirender Papiere mitnahm,
die ebenso wichtige wie interessante Geheimnisse
des Hofes in Sofia enthalten. Er ging zunächst
nach Paris, von wo er verschiedenen Regierungen
bulgarische Geheimnisse anbot. Zur Zeit befindet
er sich in Belgien und übt auf den Hof einen
Druck aus, um für sein Schweigen Geld zu er-
pressen. Früher hatte ihm der Fürst völliges
Vertrauen geschenkt, so daß Pfannenstiel Dinge
weiß, die dem Beherrscher Bulgariens sehr unan-
genehm werden können. Auch zur Zeit der Er-
mordung Stambulows war er Geheimsekretär und
kennnt die Vorgänge hinter den Coulissen. Nun
wird der Scandal unvermeidlich, und da Pfannen-
stiel so mächtige Waffen in der Hand hat, wird,
falls er sich besterhen läßt, die Angelegenheit
mindestens eine Menge Geld kosten.

Colonies.

* [Der Landeshauptmann von Togo, Köhler].
Ist den „Berl. N. N.“ zufolge am Sonntag
wiederum von hier abgereist und beginnt am
20. d. M. von Hamburg aus die Reise nach West-
afrika mit dem Dampfer „Gertrud Woermann“. Er
trat seinen Urlaub nach der Heimath im April
1897 an und hat in der Zwischenzeit auch fast
zwei Monate als deutscher Delegirter bei den
Verhandlungen über das Togo-Abereinkommen
in Paris Theil genommen. — Ebenso wurde er
zu den Beratungen des Colonialrathes wie bei
Aufstellung des Etats für Togo herangezogen.
Mit ihm tritt die Reise nach Togo der Assessor
Böcking an, der seit etwa einem Jahre im Aus-
wärtigen Amte beschäftigt ist. Nach ihrer An-
kunft wird der Assessor Gleim einen Urlaub
erhalten.

* [Der Gouverneur von Kamerun, v. Putt-
kammer]. hat einen Heimathsurlaub angetreten
und sich zunächst nach Monrovia begeben, ihn
vertritt der Regierungsrath Seitz, der erst im
vorigen Sommer von einem längeren Urlaub
nach Kamerun zurückgekehrt ist.

* [Ueber die Entsendung von Frauen nach
Deutsch-Güineafrika] haben, wie berichtet,
zwischen dem Landeshauptmann Major Leutwein
und der deutschen Colonial-Gesellschaft Verhand-
lungen geschwebt, die zu einem vorläufigen Er-
gebnis geführt haben. Wie dem „Lok.-Anz.“
Herr Major Leutwein mittheilt, hat das Colonial-
amt als solches mit der Sache jedoch nichts zu
thun. Es ist lediglich zwischen dem Major Leut-
wein und dem Vorstand der Colonial-Gesellschaft
verabredet worden, daß diese auf eigene Kosten
jährlich eine Anzahl von Mädchen, für welche
bereits ein sicheres Unterkommen nachgewiesen
ist, hinausendet. Diese Anzahl kann naturgemäß
nur gering sein, einerseits der Kosten wegen,
andererseits weil sich für eine große Anzahl
Mädchen nicht so schnell ein Unterkommen finden
läßt. Die ganze Sache bedarf noch des Aus-
baues. Mit der Zeit wird ein solcher aber gewiß
erfolgen und dürfte dann erst die Zeit für An-
meldungen in so massenhafter Zahl gekommen
sein, wie sie jetzt erfolgen. Für die Auswahl
unter den Bewerberinnen kommen als Haupt-
erfordernisse in Betracht: tadellose Gesundheit
und Fertigkeit in allen häuslichen Arbeiten. Bei
der großen Verantwortlichkeit, die mit der Ent-
sendung von Frauen seitens der Colonialge-
sellschaft übernommen wird, verstehe es sich von

direct abgelesen werden könne. An zahlreichen
Beispielen erläuterte Verf. diese Methode.

Die Frage, wer diese Untersuchungen vornehmen
sollte, führte Verf. auf die Schulfrage. Es
wurde betont, daß die Forderung einer stetigen
Aufsicht der Schulkinder durch geeignete Aerzte
heute dringlicher sei, als je, und an einer Anzahl von
Beispielen gezeigt, in welchem Umfange die schul-
ärztliche Aufsicht sich betheiligen könne. Da
wurden genannt die Untersuchungen über
den Grad geistiger Anstrengung durch die
einzelnen Lehrfächer, insbesondere der Ein-
fluß der alten Sprachen im Gegensatz zu dem
mehr anschaulichen Unterricht, die Beschäfti-
gung mit Realien u. s. w. Ferner sei nach dem
Verfasser die Untersuchung der Pausenlänge, die
Frage des Nachmittagsunterrichts, des Maßes der
häuslichen Arbeiten u. s. w. zu nennen. Der
Schularzt hätte auch durch Massenuntersuchungen
den Gesundheitszustand der Schüler in regel-
mäßigen Zwischenräumen zu erörtern, dabei be-
sonders auf Erkrankungen der Augen und
Ohren, des Halses (dritte Mandel) und der ersten
Atemwege überhaupt zu achten und die Ergeb-
nisse tabellariisch zusammenzustellen. Verfasser
knüpft an diese Forderung interessante Be-
trachtungen über den Einfluß geschwächter und
gestörter Sinnesorgane auf Charakter und Ge-
müthsbildung des Kindes.

Zum Schluß wurde hervorgehoben, daß be-
hördlicherseits energische Maßnahmen zur Milde-
rung und Herabsetzung der Anforderungen der
Schule an die Jugend getroffen seien, obwohl
der Schulbehörde der Beweis, daß eine solche
geistige Ueberbürdung thatsächlich bestehe, von
keiner Seite erbracht werden konnte. Das
Studium der einschlägigen behördlichen Acten
dränge dem Leser die Ueberzeugung auf, daß es
weiteres Nachgeben im Interesse des Kindes
und der Ziele der Schule bedenklich sei und daß
thatsächlich die Frage der geistigen Ueberbürdung
unserer Schuljugend insbesondere durch die
höheren Lehranstalten nunmehr gegenstandslos
geworden sei.

selbst, daß nur Mädchen mit absolut ernstem
Charakter, denen das volle Bewußtsein von der
Tragweite ihres Entschlusses zuutruhen ist, Aus-
sicht auf Berücksichtigung haben. Viele der ein-
laufenden Meldungen entsprechen diesen Voraus-
setzungen nicht.

Von der Marine.

* An die wissenschaftliche Ausbildung der See-
offiziere werden in Zukunft nach zwei Richtungen hin
von der Inspection des Marinebildungswesens erhöhte
Ansprüche gestellt werden. Es hat sich herausgestellt,
daß im Durchschnitt die Offiziere nach dem bisherigen
Lehrplan der Marineakademie und -Schule nicht die
gewünschte Fertigkeit in der Beherrschung fremder
Sprachen erlangt haben, ein Umstand, der für den im
Auslande an Bord der Schiffe commandirten Offizier
schwer ins Gewicht fallen muß. Es sollen daher in
Zukunft die Vorlesungen an der Marineakademie und
-Schule in den Sprachen vermehrt werden. Aus diesem
Grunde wird es rathsam sein, daß der Offizierspanti-
sch bereits vor seinem Eintritt in die Marine eine
möglichst große Sprachfertigkeit aneignet, die ihm
bei den Vorlesungen auf den Marinebildungsanstalten
und den Vorcommandos nur von größtem Nutzen
sein wird. Zweitens wird in Zukunft ein größerer
Nachdruck auf den Unterricht der Marine-
schüler in Chemie und Navigation gelegt werden,
da die Anforderungen an das technische Wissen der
Seeoffiziere sich mit jedem Fortschritt auf den ver-
schiedensten Gebieten steigern. Bereits mit dem Beginn
des neuen Etatsjahres sollen die Lehrpläne an den
Bildungsanstalten der Marine in der entsprechenden
Weise erweitert werden.

Telegraphischer Specialdienst

der Danziger Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 18. Januar.

Das vielgenannte Rundschreiben des Staats-
secretärs Grafen Pofadowsky betreffend den
Mißbrauch der Coalitionsfreiheit bildete auch
heute das einzige Thema bei der fortgesetzten
Eatsberatung im Reichstage. Wenn der Abg.
Graf Stolberg (conf.) meinte, die Debatte
darüber sei eine Zeitvergeudung, so wird man
im Lande dieser Ansicht nicht beipflichten, dazu
ist die Sache doch wichtig genug. Während die
Abgg. v. Kardorff (Reichsp.) und Djan (nat.-lib.)
den Erlaß als erfreulich und selbstverständlich
begrüßten, erklärte der Centrumsführer

Abg. Lieber: Auch er könne den Erlaß nicht
so tragisch nehmen, wie die Socialdemokraten,
er müsse aber zugestehen, daß derselbe in mancher Be-
ziehung den Verdacht hervorrufe, als ob die Regie-
rung schon jetzt, also bevor die angeordneten Er-
hebungen abgeschlossen seien, die Absicht habe, Maß-
regeln gegen die Coalitionsfreiheit zu ergreifen. Ob
das Centrum ein Bedürfnis anerkenne, gegen den
Terrorismus der Streikenden vorzugehen, darüber
behalte er sich Erwägungen vor. Jedenfalls ständen
seine Freunde nach wie vor auf dem Boden voll-
ständiger Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitern.

Abg. Bantke (freif. Vereinig.) will nicht bloß keine
Einschränkung der Coalitionsfreiheit, sondern im
Gegentheil, die derselben noch entgegenstehenden
Hindernisse beseitigen. Zu diesem Zwecke empfiehlt er
die von der freisinnigen Vereinigung eingebrachte
Resolution betreffend die Aufhebung des Verbots des
Inverbindungsstretens gewerkschaftlicher Vereine, die
Verleihung der Corporationenrechte an dieselben etc.

Abg. Schneider (freif. Volksp.) äußert sich in dem-
selben Sinne.

Abg. Legien (Soc.) übt die schärfste Kritik an der
Politik des Staatssecretärs Grafen Pofadowsky und
seiner Vorgänger, welche nichts gethan hätten, um die
Unterdrückung der Arbeiterorganisation durch das
Unternehmertum zu verhindern, vielmehr sich in den
Dienst des letzteren gestellt hätten.

Die Discussion soll erst am Donnerstag fort-
geführt werden. Morgen ist Schmierstag, u. a.
steht der Centrumsantrag betr. die lex Heinze
u. s. w. auf der Tagesordnung.

Berlin, 18. Jan. Die Commission zur Be-
rathung der Militärstrafprozessreform hat mit
11 gegen 9 Stimmen § 1 mit den dazu
vom Centrum gestellten Abänderungsanträgen
betreffend die Begrenzung der Zuständigkeit
hinsichtlich der zur Disposition gestellten Offiziere
und Sanitäts-Offiziere etc. angenommen, da-
gegen den Antrag des Centrums abgelehnt, die
Zuständigkeit der Civilgerichte bei all-
gemeinen mit Todesstrafe oder Zuchthaus
bedrohten Criminalverbrechen wieder herzustellen.
Die Commission nahm dagegen die Zuständigkeit
des Civilgerichts für Zuwiderhandlungen auf den
Gebieten der Finanz-, Polizei-, Jagd- und
Fischereigesetze, sofern diese mit Geldstrafe oder
Einsperrung bedroht sind, an, ferner den vom
Centrum beantragten § 1 b gegen die Stimmen
der Conservativen, welcher die Zuständigkeit
des Civilgerichts herstellt gegen Amtsver-
brechen activer Militärpersonen während dienst-
weiliger, civilienförmiger Verwendung, wie
gegen Personen des Beurlaubtenstandes wegen
Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Straf-
gesetze, welche während der dienstlichen Ein-
berufung in Friedenszeiten begangen sind. Die
Commission nahm ferner den vom Centrum be-
antragten § 1 c an, wonach Militärpersonen bei
gemeinsamlicher Uebertretung der allgemeinen
Strafgesetze mit Civilpersonen in der Regel den
Civilgerichten zu überweisen sind.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 18. Januar.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die General-
debatte über den Etat fort.

Abg. v. Gynen (nat.-lib.) beleuchtete drastisch die
Mängel des Einkommensteuergesetzes und gab der
Mißstimmung Ausdruck, die in der evangelischen Be-
völkerung durch die Canisius-Encyclica des Papstes
hervorgeufen sei, er kündigte in Consequenz dessen
einen Antrag auf Abkündigung der preussischen Ge-
sandschaft beim Vatican an. Redner schloß mit einem

Appell zum Zusammenfluß der productiven Stände
im Interesse des Staatswohles.

Finanzminister v. Miquel begründete die Nothwendig-
keit der Beibehaltung der preussischen Gesandtschaft
beim Papst mit Rücksicht auf die katholischen Mit-
bürger. Er kündigte Ausgleichen betreffs der
Unterbeamten im nächsten Etat an. Die Unterbeamten
möchten sich nicht durch Agitatoren und Heher in ihrem
Vertrauen zu den Vorgesetzten und der Regierung er-
schüttern lassen. Eine Medizinalreform werde in naher
Zeit vorgelegt werden. An der Reform des Communal-
wahlrechts halte die Regierung fest.

Nach einer Polenrede des Abg. Motzy (Pole)
wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der
Präsident dem Abg. Birchow anlässlich seines
25jährigen Jubiläums als Vorsitzender der
Rechnungscommission den Dank des Hauses
ausgesprochen.

Berlin, 18. Jan. Die Strafammer des Land-
gerichts I verurtheilte heute in dem Beleidigungs-
prozeß der Oberpostdirection zu Berlin gegen
den verantwortlichen Redacteur der „Staats-
bürger-Ztg.“ Johannes Wilberg den Ange-
klagten zu 100 Mk. Geldstrafe und Tragung
der Kosten des Verfahrens wegen Beleidigung
der Oberpostdirection in Berlin, begangen durch
Veröffentlichung des erwähnten Artikels, betitelt:
„Oberpostdirection contra v. Podbielski“. Der
Artikel hatte bekanntlich behauptet, daß
die Oberpostdirection die Noth in der
„Staatsbürger-Ztg.“ gegen die Incognito-
Besuche der Postämter durch den Staatssecretär
v. Podbielski inspirirt hätte. Der Gerichtshof
erklärte den Wahrheitsbeweis für mißlungen.
Staatssecretär v. Podbielski sagte als Zeuge aus,
er habe lediglich in unamtlicher Eigenschaft die
Schalterräume verschiedener Postämter betreten,
um zu sehen, wie sich der Verkehr mit dem
Publikum gestalte, er hätte absolut nicht an-
nehmen können, daß derartige Incognito-Besuche
irgendwie das Mißfallen der Ober-Postdirection
hätten erregen können.

Zwischen dem Norddeutschen Lloyd und
der Hamburg-Amerika-Linie ist nunmehr eine
Verständigung dahin erzielt worden, daß, falls
eine Vermehrung der Fahrten der Reichspost-
dampferlinie vom Reichstage genehmigt werden
sollte, die Hamburg-Amerika-Linie eine Anzahl
Dampfer mit in die Reichspostdampferlinie nach
Ostasien einstellen und gleichzeitig, unter Voraus-
setzung der Genehmigung der Reichsregierung,
die Abfahrten abwechselnd von Bremen und
Hamburg stattdessen sollen. Die Leitung des
Unternehmens soll in Händen des Norddeutschen
Lloyd verbleiben.

Weimar, 18. Jan. Beim Beginn der Sitzungen
des Landtages beantragte der Abgeordnete
v. Wurmb, die Regierung aufzufordern, sie möge
angesichts der Vorgänge in China gemeinsam
mit den anderen thüringischen Staaten Schritte
thun, die geeignet wären, der thüringischen In-
dustrie ein größeres Absatzgebiet auf dem Welt-
markte zu schaffen.

Havanna, 18. Jan. Bei Alquízar in der Pro-
vinz Pinar del Rio ist eine Dynamitbombe unter
einem Bahnzuge, der mit Civilpersonen und
Truppen besetzt war, explodirt. Der Zug ent-
gleiste, eine Person wurde getödtet, vier ver-
wundet. Die Aufständischen griffen den Zug an,
wurden aber von spanischen Truppen zerstreut.

Aus dem böhmischen Landtag.

Prag, 18. Jan. In der heutigen Sitzung des
Landtages interpellirte der Abg. Skarda den
Statthalter Coudenhove, weshalb er die gestern
im Namen der Regierung abgegebene Erklärung
zuerst deutsch und dann erst tschechisch verlesen
habe. Da erschien der Abg. Wolf im Hause und
theilte mit, der deutsche Student August Graben
sei blutig geschlagen worden. Sofort sprangen
sämmliche deutsche Abgeordnete auf und ver-
langten vom Präsidenten und dem Statthalter
Genugthuung. Es wurden Zurufe laut, der
Statthalter solle abdanken, weil er unfähig sei,
Böhmen zu verwalten.

Nachdem die Sitzung hierauf für eine halbe
Stunde unterbrochen war, erklärte nach Wieder-
aufnahme der Sitzung der Statthalter Couden-
hove, der tschechische Student, welcher einen
farbentragenden deutschen Studenten angegriffen
und geschlagen hätte, sei bereits verhaftet worden.
Die deutschen Studenten seien statutenmäßig be-
rechtigt, Farben zu tragen, was niemals einen
Grund zu Ausschreitungen bieten könne, er müsse
derlei auf das schärfste verurtheilen. Die Sicher-
heitsbehörden erfüllten vollkommen ihre Pflicht,
keine Sicherheitsbehörde könne jedoch derlei
Zwischensfälle verhindern. (Lärm und Protestrufe
bei den Tschechen.)

Sola und Picquart unter Anklage.

Paris, 18. Jan. Der Kriegsminister Billot hat
jetzt endlich gegen den verantwortlichen Heraus-
geber des Blattes „Aurore“ und gegen Sola bei
dem Justizminister Willard Klage erhoben. Der
Justizminister wird die Klageschrift dem Ober-
staatsanwalt zustellen. Es verlautet, der Prozeß
werde vor dem Schwurgericht stattfinden.

Der „Gaulois“ bestätigt nach seinen eigenen
Informationen die Nachricht der „Libre Parole“,
wonach General Gallifet die Absicht hat, in der
Angelegenheit des angeklagten Oberlieutenants
Picquart zu Gunsten dieses Offiziers einzu-
greifen, da derselbe früher unter Gallifets Befehl
gedient hat.

